

RATHAUSREPORT

Bilanz der LINKEN in der Wahlperiode 2008 – 2014:

Stärkste, aktivste und konstruktivste Fraktion

Bei der letzten Stadtverordnetenversammlung der Wahlperiode war es nicht anders als bei den 61 zuvor: Die Fraktion der LINKEN hatte sich mit sechs Fragen an den Oberbürgermeister und elf Anträgen in der Tagesordnung, zahlreichen Änderungsanträgen zu den Anträgen der anderen Fraktionen und fünf von ihr beauftragten Prüfberichten der Verwaltung wieder einmal mehr als aktivste Fraktion gezeigt.

Seit der Wahl der Stadtverordnetenversammlung im September 2008 ist die Fraktion DIE LINKE als stärkste Fraktion angetreten, die Ziele des Wahlprogramms „Original sozial“ mit Leben zu füllen und Wahlversprechen einzulösen.

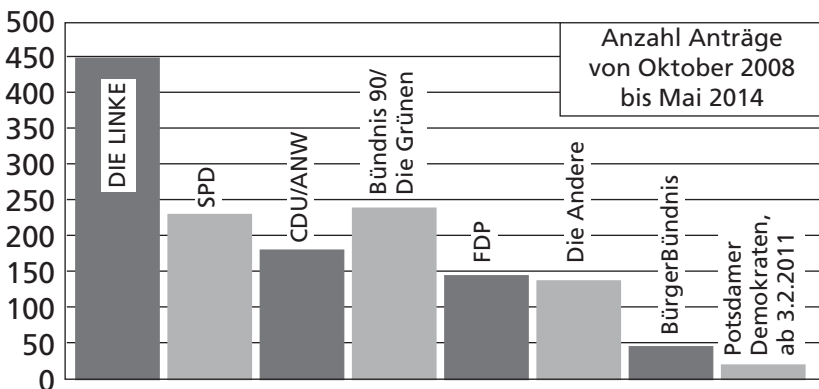
Von Oktober 2008 bis Mai 2014 hat die LINKE 448 Anträge und 389 Anfragen eingebracht. Mit Stand April 2014 wurden 268 Anträge angenommen und 94 abgelehnt. Das ist die mit Abstand beste Bilanz aller Fraktionen. Dazu kamen 143 Kleine Anfragen und drei 3 Große Anfragen.

Mit Fug und Recht kann man behaupten, dass DIE LINKE als stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung den größtmöglichen Einfluss auf die Entwicklung in der Landeshauptstadt genommen hat, wenn ihr auch

meist die aus SPD, CDU/ANW, FDP und Grünen summierte zahlenmäßige Übermacht der Rathauskooperation gegenüberstand.

So auch seit Beginn der Wahlperiode im September 2008, als die LINKE die Forderung nach einem kostenlosen Schüleressen sofort wieder aufgenommen hatte. Elfmal brachte die Fraktion das Thema nun schon auf die Tagesordnung, erreichte mit ihrer Hartnäckigkeit die Möglichkeit für Bedürftige, auf Antrag ein kostenloses Schulessen zu erhalten. Zu mehr war die Rathauskooperation auf Anraten der Verwaltung nicht bereit. „Wenn man den Härtefall grundsätzlich akzeptiert“, sagte Stefan Wollenberg zur Begründung des erneuten Antrages am 7. Mai, „dann kann man dies auch als Anspruch formulieren, generell gewähren und die finanziellen Voraussetzungen im Haushalt 2015 schaffen.“ Viele Eltern würden sich schämen, den Antrag zu stellen. Nur rund ein Drittel der Anspruchsberechtigten beantragte das kostenlose Schulessen.

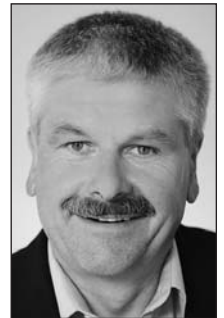
Mit über eine Million Euro bezifferte die zuständige Beigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski die Summe für 1700 Schülerinnen und Schüler, die in Frage kämen. „Dafür würde ich lieber drei Sportplätze sanieren“, sagte sie. Der Antrag wurde wieder einmal abgelehnt...



Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

die letzte Sitzung der SVV in dieser Wahlperiode stand im Zeichen des Wahlkampfes. Zwei Wochen vor der Kommunalwahl lebte die Rathauskooperation noch einmal gegen die LINKEN auf. SPD, CDU, Grüne und FDP waren sich einig bei der



Ablehnung einer Bürgerbefragung zur Zukunft des Mercure, obwohl sie in ihren Wahlprogrammen mehr Einfluss der Bürger auf Entscheidungen zur Stadtentwicklung versprechen. Sie lehnten unseren Antrag zu Erhalt und Sanierung des Wohnhauses der Pro Potsdam am Staudenhof ab, das mit seinen 182 Wohnungen auch in Zukunft preiswertes Wohnen im historischen Stadtzentrum sichern kann. Nicht zuletzt waren sich die Kooperationspartner einig, sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern keinen Anspruch auf kostenloses Schulessen zu gewähren, wie von den LINKEN beantragt. Trotzdem ist dieses Bündnis gegen die LINKEN gescheitert. DIE LINKE hat als stärkste Fraktion die mit großem Abstand beste Bilanz aller Fraktionen vorzuweisen. Mit etwa 450 Anträgen, von denen zwei Drittel eine Mehrheit fanden, liegen wir weit vor den anderen Fraktionen. So haben wir starken Einfluss auf die Entwicklung der Stadt genommen, uns erfolgreich für die Sanierung der Schulen und Kitas, die Erarbeitung eines Wohnkonzepts, den Badneubau am Brauhausberg, den Bau eines Tierheims und eine Stabilisierung der Wasserpreise eingesetzt. Wir haben mit dem monatlichen Rathausreport als Zeitung und als Politfrühstücken sowie unseren monatlichen Infoständen Bürger Nähe auch zwischen Wahlen praktiziert. Zum Schluss der Wahlperiode steht für mich fest, dass sich die Stadt nicht wegen, sondern trotz der Rathauskooperation gut entwickelt hat.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Heidesiedlung – eine (un)endliche Geschichte?!



Vor etwa 1,5 Jahren wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich speziell mit der Heidesiedlung in Babelsberg befassen sollte. Neben den Fraktionen der SVV waren die ProPotsdam, die Stadtverwaltung, der Mieterbund und Sprecher der Mieterschaft vertreten. Die AG hatte zwischen Dezember 2012 und April 2013 vier Sitzungen und einen Vor-Ort-Termin. Im Ergebnis verständigte man sich einstimmig darauf, dass die Heidesiedlung bei der ProPotsdam verbleibt; es wurde eine komplexe Sanierungsmaßnahme empfohlen und eine für dieses Projekt in Aussicht gestellten ILB-Förderung sollte beantragt werden. Empfohlen wurde ebenfalls eine Mietpreis- und Belegungsbindung, die Übernahme von zusätzlichen Kosten, die durch denkmalschutzrechtliche Auflagen entstehen, durch die Stadt Potsdam.

Darauf hin zogen Fraktionen ihre zu diesem Thema gestellten Anträge zurück bzw. sahen diese als erledigt an. In der Sitzung des Hauptausschusses im April 2013 dankte der Oberbürgermeister allen Beteiligten für das Engagement und die avisierte Lösung. Der SPD-Stadtverordnete Heuer schloss sich diesem Dank an.

Wir haben jetzt Mai 2014; passiert ist nichts. Es herrschte verärgerte Ruhe, so dass in der Aprilsitzung der SVV unsere Fraktion den Antrag stellte, im Mai 2014 der SVV den Zeitplan für die Sanierung und im Hauptausschuss den Förderantrag vorzulegen. Nach der Einigkeit in der Sache vor einem Jahr wurde unser Antrag völlig unerwartet von einer Mehrheit abgelehnt. Inzwischen hat sich der Oberbürgermeister, sicher auch befördert durch den Druck, den wir aufgemacht haben, klar zu dem Erhalt der Siedlung und zu einem schnellen Sanierungsbeginn positioniert. Im Hauptausschuss am 14.05. 2014 soll das Thema erneut aufgerufen werden. Hat die unendliche Geschichte der Heidesiedlung doch noch ein Happyend? Wir halten Sie auf dem Laufenden.

Herzlichst Ihre
Birgit Müller

Baugenehmigung Wohnhaus mit Kaufhalle Zum Teufelssee

„Die Kuh ist vom Eis“, sagte Matthias Klipp zur Baugenehmigung für das Wohnhaus an der Straße Zum Teufelssee, in dessen Erdgeschoss eine kleine Kaufhalle als Ersatz für die vor mehreren Jahren geschlossene Kaufhalle im Quartier schaffen sollte. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte nach dem Stand der Baugenehmigung gefragt. Der Bauherr habe die Nachforderungen der Stadt erfüllt und kann nun in den Besitz der Baugenehmigung gelangen. Er gehe davon aus, so Klipp; dass noch in diesem Jahr gebaut wird.

Nachnutzung der Kaufhalle am Bisamkiez?

Im Januar hatte der Baubeigeordnete Matthias Klipp auf eine Frage von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg in Aussicht gestellt, im März mit der Eigentümerin der Kaufhalle Bisamkiez über eine Nachnutzung zu verhandeln, nachdem diese in Folge der Eröffnung des neuen REWE-Marktes im Schilfhof geschlossen worden war.

In der Mai-SVV war nun Zeit für die Nachfrage, was bei dem Gespräch herausgekommen ist.

Am 4. April habe das Gespräch mit der TLG stattgefunden, er habe das dringende Interesse der Stadt an einer Nachnutzung deutlich gemacht, erklärte Matthias Klipp, und umfangreiche Unterstützung angeboten. Die TLG habe zwar ebenfalls Interesse signalisiert,

aber auf den bis Ende 2016 laufenden Mietvertrag mit REWE verwiesen.

Möglich wären ein kleiner Vollversorger oder ein Discounter, bzw. auch eine für Wohngegenden geeignete gewerbliche Nutzung. Nach der Sommerpause werde er erneut berichten, erklärte Klipp

Taxi-Haltepunkt Am Alten Markt

Der Taxiverband Berlin-Brandenburg bemüht sich seit längerem um die Einrichtung eines Haltepunktes für Taxis Am Alten Markt. Das wurde bisher von der Stadtverwaltung abgelehnt. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Hans-Jürgen Scharfenberg fragte, unter welchen Voraussetzungen ein Haltepunkt für Taxis in der Nähe von Landtag und Palais Barberini eingerichtet werden kann. Matthias Klipp sieht keine Möglichkeit, in diesem Bereich einen Taxi-Haltepunkt einzurichten. Hier gebe es besondere Anforderungen an die Gestaltung des öffentlichen Raumes. Zudem soll der Alte Markt völlig frei von ruhendem Verkehr sein, um das Ensemble erlebbar zu erhalten. Einen Kompromiss sieht Klipp in der Breiten Straße vor dem Filmmuseum.

Maulbeerbäume in der Maulbeerallee

Die Frage von Ralf Jäkel nach der Möglichkeit, in der Maulbeerallee die Lücken in der Allee wieder mit Maulbeerbäumen zu bepflanzen, bekam eine kurze Antwort von Matthias Klipp, die heutzutage die alles entscheidende ist: „Das Gelände gehört uns nicht.“

RAW-Halle durch Nutzung retten

Eine große Werkhalle erinnert noch an das RAW Potsdam. Die sogenannte „Neue Halle“ des RAW steht unter Denkmalschutz, aber sie verfällt zusehends, weil niemand weiß, wie er die denkmalgerechte Instandsetzung mit einer wirtschaftlichen Nutzung verbinden könnte. Dafür gibt es nun eine neue Idee des Eigentümers, der Unternehmensgruppe Semmelhaack, die die LINKE aufgegriffen hat: Ralf Jäkel begründete den Antrag: „Jetzt gibt es die Möglichkeit einer kompletten denkmalgerechten Erhaltung und öffentlich zugänglichen Nutzung dieser Halle unter Wahrung der baulichen Eigenart dieses Zeugnisses der Industriearchitektur in Potsdam. Voraussetzung ist jedoch die teilweise Nutzung als Handelseinrichtung für Waren des täglichen Bedarfs. Es wurde bereits geprüft, dass damit die Schließung einer Versorgungslücke in diesem stark wachsenden Stadtraum möglich ist, ohne existenzgefährdende Schädigung der übrigen Handelseinrichtungen von Potsdam. Der Investor ist auch bereit, am Standort des ältesten RAW Deutschlands an den Industriestandort Lokomotivbau Potsdam und RAW sowie an die Bahnlinie Potsdam – Berlin seit 1838 zu erinnern.“

Eine Handelseinrichtung an diesem Ort aller-



dings widerspricht dem Einzelhandelskonzept (das als folgender Tagesordnungspunkt zur Abstimmung stand). Matthias Klipp appellierte an die Stadtverordneten, das Einzelhandelskonzept als wichtiges strategisches Konzept für die städtische Entwicklung nicht infrage zu stellen.

Dem Appell folgend, blieb von dem Antrag der LINKEN lediglich die Aufforderung an den Oberbürgermeister, dass das Vorhaben „begleitet“ werden soll. Die Festlegungen über die Schaffung von Einzelhandelsflächen, ergänzender gewerblicher Nutzung und Erinnerung an die Industriegeschichte Potsdams wurden gestrichen.

Bürgerbefragung zum „Mercuré“ erneut abgelehnt

Nachdem es der LINKEN nicht gelungen war, eine Bürgerbefragung zur Zukunft des „Mercuré“ noch vor dem Werkstattverfahren zur Entwicklung des Lustgartens durchführen zu lassen, wollte sie nun mit einem Antrag erreichen, dass in diesem Zuge auch die Meinung aller Potsdamerinnen und Potsdamer gehört wird. Denn in die Gestaltung des Lustgartens ist auch der Umgang mit dem „Mercuré“ einbegriffen.

In seiner Begründung des Antrages verwies der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg auf die Äußerungen des Oberbürgermeisters und der SPD in ihrem Wahlprogramm. „Mehr Bürgerbeteiligung wagen“, heißt es da, oder „die Meinung der Bürger zu wichtigen Fragen der Stadtentwicklung einholen“. „Das klingt gut, aber es reicht nicht, dies nur zu erklären“, sagte Scharfenberg. Zum Landtagsneubau und zum Bad habe die LINKE die Abwehrhaltung der SPD

gegen die Befragungen überwinden müssen. Die Perspektive des „Mercuré“ werde in der Bevölkerung nicht weniger diskutiert. Da die Rathauskooperation nicht bereit war, vor dem Werkstattverfahren eine Bürgerbefragung durchzuführen, sollte wenigstens jetzt grundsätzlich entschieden werden, dass überhaupt ein Bürgerbefragung durchgeführt wird, in die die Ergebnisse des Werkstattverfahrens einfließen sollen.

Die Initiatoren des Werkstattverfahrens argumentierten, die Beteiligungsmöglichkeit am Werkstattverfahren sei die beste Möglichkeit der Bürgerbeteiligung. Allerdings, so Scharfenberg, werden keine 100.000 Potsdamer am Werkstattverfahren teilnehmen können, die Beteiligung bleibe auf Stadtverordnete, Betroffene, Anlieger und Experten beschränkt. Sie spiegelte also nicht den Willen der Potsdamer wider. Die LINKE wird mit der Ablehnung der Bürgerbefragung das Thema nicht abhaken.

Abgelehnt



Den Antrag begründete Ralf Jäkel: Nach dem Bebauungsplan 36-2 „Leipziger Straße/Brauhausberg“ wird das Terrassenrestaurant „Minsk“ durch die vorgesehene Bebauung seines Charakters beraubt. In einem Änderungsantrag der LINKEN sollte es aber als solitäres Bauwerk am Brauhausberg erhalten werden. Daher sollte der alternative Entwurf des 1. Preisträgers des städtebaulichen Wettbewerbs zum Brauhausberg berücksichtigt werden, der das Terrassenrestaurant in den Bebauungsplan des Brauhausberges in seinem

Charakter einbezieht. „Schon mit der Möglichkeit des östlichen, an der Straße Brauhausberg konzipierten Gebäuderiegels wird auf die historisch solitäre und freigestellte Platzierung des Terrassenrestaurants unverhältnismäßig verzichtet. Insofern ist eine Freistellung des Terrassenrestaurants auf seiner westlichen Seite zwingend erforderlich“, heißt es in der Begründung. Mit dem Verweis von Matthias Klipp, dass damit die Gegenfinanzierung des Sport- und Freizeitbades infrage gestellt werde, wurde der Antrag abgelehnt.

Expertise zum Staudenhof ignoriert

Nachdem die Stadtverordneten am 7. Dezember 2011 den von der LINKEN initiierten Beschluss gefasst hatten, das Haus Am Alten Markt 10 mit seinen 182 Wohnungen zu erhalten, hatte fast genau ein Jahr später ein SPD-Antrag mit den Stimmen der gesamten Rathauskoalition die Mehrheit bekommen, nach dem der Beschluss vom 7. Dezember 2011 aufgehoben wird und die PRO POTSDAM als Eigentümer den Wohnblock nach zehn Jahren zurückbaut. In einer Machbarkeitsstudie soll ermittelt werden, wie in dieser Größenordnung preisgünstiger Wohnraum in der Potsdamer Mitte geschaffen werden kann.

Diese Machbarkeitsstudie, die die international renommierte KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstellt hat, liegt nun vor. Und die sei eindeutig, stellte Hans-Jürgen Scharfenberg bei der Begründung des Antrages der LINKEN fest, das Wohnhaus Am Alten Markt 10 dauerhaft zu erhalten und zu sanieren. Die vorliegende Wirtschaftlichkeitsberechnung kommt

zu dem Ergebnis, dass ein Abriss des Altbestandes und anschließender Neubau unwirtschaftlich wäre und zu Verlusten von 3,65 Millionen Euro bei der städtischen PRO POTSDAM führen würde. Die Machbarkeitsstudie geht von einer Restnutzungszeit von 28 Jahren aus.

Die Kritiker, allen voran Saskia Hüneke (Grüne), denen der DDR-Bau ein Dorn im Konzept von „Mitteschön“ ist, bezweifelten die Seriosität der Expertise. Scharfenberg warf ihr vor, sie wolle nur die historische Struktur wieder herstellen und frage nicht nach dem sozialen Aspekt. Gehe es angesichts der Wohnungsknappheit und der Mietenentwicklung in Potsdam um das historische Vorbild oder um den Inhalt, fragte er. In namentlicher Abstimmung stimmten 15 Stadtverordnete für den Bestand des Hauses, 24 dagegen. Dass die LINKE den Staudenhof aufgibt, ist auch in der neuen Stadtverordnetenversammlung nicht zu befürchten.

Mehrheitlich beschlossen

Kleingärten Babelsberg-Nord

Die Kleingärtner in Babelsberg-Nord sorgen sich um ihren Bestand. Weil ein Teil sich dort häuslich niedergelassen hat, musste die Stadt reagieren. Ein B-Plan sollte in dem als Gartenfläche im Flächennutzungsplan ausgewiesene Areal die baurechtlichen Voraussetzungen schaffen. Daher die Angst der Kleingärtner um ihren Gartenbestand. Ein langes Ringen um einen Kompromiss führte schließlich die LINKE und die SPD zu einem gemeinsamen Ergänzungsantrag zum Antrag der Verwaltung, den Ralf Jäkel vorstellte. Darin wird eine Städtebauliche Vereinbarung mit den Eigentümern und Nutzern der Flächen in einem Mediationsverfahren angestrebt und als Primärziel die Sicherung der derzeitigen Nutzung formuliert. Sollte dies nicht erreicht werden, soll in einem „Baukörperplan“ im Bebauungsplan die Bestandssituation gesichert werden.

Markierung der Baugrenze

Zur bevorstehenden öffentlichen Auslegung des B-Planes Speicherstadt soll die geplante Baugrenze der nördlichen Speicherstadt im öffentlichen Raum auf den gegenwärtigen Straßen, Wegen, Grünflächen mit geeigneten Mitteln (Farbe, Holzpflocke) markiert werden, so Ralf Jäkel zum Anliegen. Der Antrag wurde gegen den heftigen Widerstand von Matthias Klipp beschlossen.

Parken für Pflegedienste

Dem gerade öffentlich diskutierten Problem, dass ambulante Pflegedienste oft keinen oder nur einen gebührenpflichtigen Parkplatz nutzen können, nahmen sich mehrere Fraktionen an. Während die LINKE eine generelle Regelung forderte, die Jana Schulze darlegte, wurde nur ein Prüfauftrag beschlossen.

Papierkorbentleerung durch STEP

Mehrheitlich beschlossen wurde der Antrag der LINKEN, dass die Entsorgung der Papierkörbe im öffentlichen Raum generell durch den städtischen Entsorger STEP übernommen wird. Bisher ist auch der Bereich Grünflächen für die Entleerung zuständig, was nicht gerade effektiv ist. Durch die Leerung aus einer Hand, so Hans-Jürgen Scharfenberg, könne auch die Qualität verbessert werden. Matthias Klipp informierte, dass er bereits in Gesprächen mit der STEP ist.

Mehr Hundetoiletten

Die Verwaltung soll bis Dezember 2014 ein Konzept zur besseren Ausstattung der Stadt mit sogenannten Hundetoiletten vorlegen. In jedem Wohngebietszentrum soll zeitnah mindestens eine Hundetoilette aufgestellt werden, so Hans-Jürgen Scharfenberg zu dem Antrag der LINKEN, der mehrheitlich beschlossen wurde. Matthias Klipp sagte dies bis Jahresende zu.

Lärmschutz an der Nutheschnellstraße

DIE LINKE hatte beantragt, dass der Oberbürgermeister in Gesprächen mit der Landesregierung eine gemeinsame Lösung für den Lärmschutz an der Nutheschnellstraße, insbesondere im Bereich Turmstraße und Schäferfeld finden soll. Die ohnehin dicht befahrene Nutheschnellstraße werde mit der Eröffnung des Flughafens noch stärker belastet. Daher müssten die Verweise auf Zuständigkeiten zwischen Stadt und Land überwunden werden, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg.

Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Verkehrssituation Drewitz

Die mit dem Gartenstadtprojekt umgesetzte Neuregelung des Straßenverkehrs in der Konrad-Wolf-Allee hat insbesondere am Kreisel neben dem Havel-Nuthe-Center zu erheblichen Unsicherheiten bei verschiedenen Verkehrsteilnehmern geführt, wird im Antrag der LINKEN festgestellt. Daher wird der Oberbürgermeister aufgefordert, unverzüglich die Verkehrsregelung in der Gartenstadt Drewitz zu überprüfen und neu zu gestalten.

Der Antrag wurde mit Mehrheit beschlossen

Freihandelsabkommen TTIP stoppen

Eine Willensbekundung der SVV gegen ein Transatlantisches Freihandelsabkommen initiierte die LINKE mit einem Antrag, da erhebliche negative Folgen z.B. für die öffentliche Auftragsvergabe, die Energieversorgung, den Umweltschutz wie auch Tarife und Arbeitsbedingungen der kommunalen Gesellschaften und Eigenbetriebe zu befürchten sind. Sie begrüßt daher ausdrücklich die kritischen Bedenken des Deutschen Städte- und Gemeindebundes wie auch des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg.

Der Antrag wurde mit mehreren Änderungen beschlossen.

Erfolge der LINKEN und offene Fragen



Recht gut gefüllt war der Bürgertreff der Bürgerinitiative Waldstadt am 11. Mai zum letzten Frühschoppen „Rathausreport live“ vor den Kommunal- und Europawahlen. Logisch, dass neben den Kandidaten der LINKEN des Wahlkreises 5 der Fraktionsvorsitzende Hans-Jürgen Scharfenberg, aber auch Gäste wie der Investor Wolfhard Kirsch vom Bürgerbündnis (auch schon traditionell mit seinem Dackel, genannt „Herr Hund“) und der Potsdamer Architekt und Stadtplaner Dipl.-Ing. Bernhard Wendel, sowie BürgerInnen der umliegenden Stadtviertel erschienen waren.

Im Mittelpunkt standen die Ergebnisse der 62. SVV-Sitzung. Es sei bezeichnend, dass sich alle Parteien vor den Wahlen positiv darstellen. Hans-Jürgen Scharfenberg hob dem gegenüber hervor, dass doch vielmehr die Frage sei, was diese Parteien in der zurück liegenden Wahlperiode konkret für die Stadt getan hätten. DIE LINKE bringe in dieser Hinsicht sehr viel Erfolgreiches auf die Waage.

So konnte Dr. Scharfenberg in seinem Bericht auf viele Probleme hinweisen, für deren Lösung gerade seine Partei federführend war in der zurück liegende Wahlperiode. So bleibt die „Heidesiedlung“ in Babelsberg erhalten und wird saniert. Die Fußballer von Concordia – sie meldeten ihren Bedarf am SVV-Sitzungstag lautstark vor und in dem Rathaus an – soll ihre „Nowawiese“ erhalten. Der OB hat zeitnahe Gespräche mit der Schlösserstiftung angekündigt. Die KleingärtnerInnen in Babelsberg Nord sollen über den B-Plan 122 (1 und 2) endlich mehr Sicherheiten für den Erhalt ihrer grünen Oasen bekommen. Und – um ein weiteres Beispiel zu nennen – Bauinvestor Kirsch erhielt grünes Licht für sein Wohnungsbauvorhaben „Stein-/Kohlhasenbrückerstraße“. Wolfhard Kirsch nutzte den Frühschoppentermin, um Dr. Scharfenberg gegenüber an

dieser Stelle seine „freiwillige Selbstverpflichtung“ für eine Nichtüberschreitung der Eingangsmiete bis zu maximal 9,00 Euro abzugeben. Das hatte DIE LINKE in einem Änderungsantrag so vorgeschlagen.

So weit einige Fakten aus der Erfolgsliste der LINKEN-Fraktion. Doch Dr. Scharfenberg musste auch einige kritische Töne in seinen Bericht einbringen. Scharf mahnte er das zugesicherte Mitbestim-

mungsrecht der PotsdamerInnen an – konkret am Beispiel der abgelehnten Bürgerumfrage zum „Mercur“. Kritisch vermerkte der Fraktionschef auch das wiederholt abgelehnte kostenlose Schüleressen für Bedürftige. Und schließlich legte er den Finger auf den Abrissbeschluss für den Wohnblock Am Alten Markt 10/Staudenhof. „Hiermit können wir uns nicht zufrieden geben, und wir werden dranbleiben an dem Problem“, so Scharfenberg. Mit dieser Aussage solidarisierte sich Architekt Wendel. Er erinnerte an den diesbezüglichen Beschluss der Stadtverordneten zur „behutsamen Wiederannäherung an das historische Stadtzentrum“. „Hier steht was mit teilweise hochwertigem Material errichtet, das für runde 18 Millionen abgerissen werden soll. Das ist für mich völlig unverständlich“, so der Stadtplaner. Und es sei ganz einfach unsozial. Hier solle DIE LINKE ihre Prämisse „100% sozial“ auch weiter unter Beweis stellen.

Letztlich wurden die direkten Themen des Wahlkreises benannt. Hervorgehoben wurde z. B. der erfolgreiche Weg der Bürgertreffs, wie der der BIWA. Diese Praxis müsse weiter einen festen Bestand in der Stadt haben. Zum Stand des Vorhabens „Kaufhalle Zum Teufelssee 8“ erklärte Scharfenberg, dass in den nächsten Tagen die Baugenehmigung endlich erteilt werden wird und der Bau beginnen könne. Zur geschlossenen Kaufhalle „Bisamkiez“ erinnerte Scharfenberg daran, dass DIE LINKE eine entsprechende Nachnutzung gefordert hatte. Der Eigentümer TLG sei derzeit auf der Suche nach einem Betreiber. Und letztlich informierte Reinhold Fiedler über den Verlauf der Verhandlungen der Garagengemeinschaften Unter den Eichen/Meisenweg zum Erwerb der 225 Garagen, was der Stadt 750.000 Euro einbringt. Er verwies dabei auf die Unterstützung der Linkspartei in diesem Prozess.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam